

Kanton Bern

Asylriese plant Offensive

Integration Im Berner Asylwesen herrscht Nervosität. Grund ist eine gewaltige Reorganisation. Ein Schwergewicht der Branche will die Gelegenheit nutzen für eine Rückkehr auf Berner Boden: die ORS.

Cedric Fröhlich

Das Display zeigt eine Minute und eine Sekunde an, als der Mann fragt: «Können wir das bitte ausschalten?» Er zeigt auf das Tonband, entschuldigt sich. «Das Timing ist ganz, ganz schlecht.» Der Mann arbeitet in einer Kaderfunktion bei einer Berner Asylorganisation. An diesem Morgen bei Kaffee und Gipfeli ist er Sinnbild des Gefühls, das seine Branche beschlichen hat: Unsicherheit.

Ausgelöst wurde die Nervosität durch vier Buchstaben: Nabe. Eine Abkürzung, entstanden in den Stuben der Berner Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) und unter der Führung von Regierungsrat Pierre Alain Schnegg (SVP). Ausgedeutet steht Nabe für «Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingsbereichs im Kanton Bern» (siehe Kasten).

Unterbringung, Integrationsförderung, Sozialhilfe – aktuell lagert der Kanton diese Aufgaben an dreizehn Partner aus. Darunter die Heilsarmee und das Schweizerische Rote Kreuz. Mitte 2020 werden es noch fünf sein. Die Branche steht vor einem brutalen Verdrängungskampf.

Künftig gibt es im Kanton fünf Asylregionen: Stadt Bern, Mittelland, Oberland, Seeland-Berner Jura, Oberaargau-Emmental. In jeder Region übernimmt ein Generalunternehmer die «operative Gesamtverantwortung» in Asyl- und Integrationsfragen. Der Kanton hat diese Aufträge öffentlich ausgeschrieben, die Bewerbungsfrist läuft noch bis 18. Januar 2019. Bis dahin beäugt man sich innerhalb der Branche. Wer bewirbt sich? Und wo? Noch halten sich viele Akteure bedeckt. Aber nicht alle.

Das Schwergewicht

Wenn es im Schweizer Asylwesen so etwas wie ein Schwergewicht gibt, dann ist das die ORS Service AG, Sitz in Zürich. Gemäss der eigenen Website unterhält das Unternehmen 21 Kollektivunterkünfte. Koordiniert das Asylwesen von 37 Gemeinden. Führt 13 Bundesasylzentren, darunter die Unterkunft auf dem Areal des ehemaligen Zieglerspitals. Aus dem Kanton Bern hat sich die ORS seit dem Ende der unterirdischen Notunterkünfte fast gänzlich zurückgezogen. Nun sieht sie die Zeit für ihre Rückkehr gekommen.



Das Führen von Asylunterkünften ist ein Geschäft, um das im Kanton Bern ein heftiger Kampf entbrannt ist. CHRISTIAN PFANDER

«Grundsätzlich möchten wir unsere Dienstleistungen im ganzen Kantonsgebiet anbieten», teilt ein Sprecher des Unternehmens schriftlich mit. Man prüfe, «attraktive Lösungen» in allen fünf ausgeschriebenen Regionen einzu-

reichen. Die ORS will also den ganzen Kuchen. Und sie gibt sich selbstbewusst: «Die geforderten Kriterien können vollumfänglich erfüllt werden», so der Sprecher. Er spielt damit auf die Zuschlagskriterien an, die der Kanton de-

finiert hat. Wichtigster Faktor ist der Preis. 35 Prozent des Vergabeentscheids basieren darauf. Demgegenüber wird Erfahrung nur mit 5 und regionale Vernetzung mit 15 Prozent berücksichtigt.

Neue Organisation

Nabe ist Berns Antwort auf die Asylagenda des Bundes. Diese schreibt den Kantonen vor, die Integration von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen zu forcieren. Im Gegenzug erhöht die Eidgenossenschaft die finanziellen Mittel von heute 6000 auf 18 000 Franken pro Kopf. Das Geld ist an klare Auflagen geknüpft. So strebt auch der Kanton in den nächsten Jahren eine «deutlich verbesserte Arbeitsmarktintegration» von Geflüchteten an und will «möglichst viele

Personen von der Sozialhilfe ablösen». In seinem Nabe-Detailkonzept schreibt der Kanton: Vier Jahre nach dem Start des neuen Systems soll sich die Erwerbsquote um mindestens 5 Prozentpunkte erhöht haben. Aus diesem Grund regelt der Kanton auch die Unterbringung, die Integration und die Sozialhilfe von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen neu. Langfristig erhofft man sich auch einen Spareffekt: für den Asyl- und Flüchtlingssektor und in der Sozialhilfe. *cef*

ORS betreibt über 100 Unterkünfte in vier Ländern

Die ORS-Gruppe, die von Zürich aus geführt wird, ist in der Schweiz, Österreich und Deutschland ein Schwergewicht in der Betreuung und Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen. ORS betreibt mit mehr als 1600 Mitarbeitenden über 100 Unterkünfte, in denen um die 10 000 Personen betreut werden. Weil sich die Flüchtlingsströme verändert haben und ORS in den letzten Monaten im deutschsprachigen Raum Unterkünfte schliessen musste, orientiert sie sich nun gegen Süden. **ORS will**

Pierre Alain Schnegg begründete die Gewichtung jüngst damit, dass es Platz haben müsse für neue, innovative Lösungen. Er tat dies im Rahmen einer Vereinsversammlung in einer ehemaligen Dorfbeiz im Berner Oberland. Die Beiz ist heute eine Asylunterkunft, der Verein eine Asylorganisation, für die es um alles geht.

ABO steigt in den Ring

Asyl Berner Oberland (ABO) unterhält heute zwei Asylunterkünfte, beschäftigt rund 50 Mitarbeitende, betreut an die 1000 Personen – verglichen mit der Konkurrenz aus Zürich ist ABO ein Leichtgewicht. Und trotzdem steigt ABO nun mit der ORS in den Ring.

Denn auch ABO bewirbt sich für die Asylregion Oberland. Wofür sonst? Der Verein setzt sich aus den 13 kommunalen und regionalen Sozialdiensten der Gemeinden des Berner Oberlandes zusammen. Ausweichen ist keine Option. Christian Rohr ist Geschäftsführer des Vereins. Er gibt unumwunden zu: «Natürlich ist das Vorhaben sehr anspruchsvoll.» Garantien gebe es keine. «Aber es bringt nichts, sich nun verrückt machen zu lassen.» Er fügt an: ABO stehe hinter der Zusammenführung, heute sei vieles zu kompliziert. Rohr strahlt Zuversicht aus. Und doch gilt für seinen kleinen Verbund: Verliert man das Oberland, geht es um die Existenz.

Das Duell ORS vs. ABO ist nur eines von vielen, die in den kommenden Wochen steigen werden. Nicht alle sind so offensiv mit ihren Ambitionen. Obschon – oder gerade weil – es um sehr viel geht. «Zum jetzigen Zeitpunkt: kein Kommentar», heisst es da. Und dort: «Es ist eine extreme Situation. Für alle.»

im Mittelmeerraum wachsen. Im Juli dieses Jahres wurde in Italien ein Tochterunternehmen gegründet. Weitere sollen folgen. Die ORS-Gruppe gehört seit 2013 mehrheitlich der Londoner Private-Equity-Gesellschaft Equistone. Die «NZZ am Sonntag» schrieb vor einem Jahr mit Berufung auf gut informierte Kreise, die ORS werfe eine Rendite von 5 Prozent ab. Das auf Diskretion bedachte Unternehmen veröffentlicht weder Umsatz- noch Gewinnzahlen. *jo*

Die Kosten in der Sozialhilfe steigen weiter an

Kanton Bern 2017 waren zwar weniger Personen im Kanton Bern auf Sozialhilfe angewiesen. Dennoch verharrt die Sozialhilfequote auf schweizweit hohem Niveau.

469 Millionen Franken bezahlten der Kanton Bern und die Gemeinden 2017 an Menschen, die Sozialhilfe beziehen. Das sind 2,2 Prozent beziehungsweise rund 10 Millionen Franken mehr als im Vorjahr. Somit steigen die Kosten in der Sozialhilfe weiterhin leicht an. Das zeigen die Ergebnisse der Sozialhilferechnung der Gemeinden und die Sozialhilfestatistik des Bundes. Diese Angaben hat die kantonale Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) in einem Bericht zusammengefasst und gestern veröffentlicht.

Speziell ist, dass 2017 zwar die Kosten gestiegen sind, aber 121 Personen weniger Sozialhilfe bezogen als im Vorjahr. Insgesamt waren es 46536 Menschen. Sie waren wie 2016 im Durchschnitt 9,1 Monate auf Unterstützung an-

gewiesen und erhielten 10089 Franken – was monatlich 1109 Franken entspricht (2016: 1082 Franken). Das mit Abstand grösste Risiko, sozialhilfebedürftig zu werden, haben Alleinerziehende. Sie machen über 30 Prozent der Bezüger aus.

Sinkende Einnahmen

Laut dem Bericht sind vor allem die sinkenden Einnahmen dafür verantwortlich, dass in der Sozialhilfe höhere Beträge anfallen. «Generell ist es für die Sozialdienste in den letzten Jahren aufwendiger geworden, Erträge zu generieren, da zahlreiche vorgelagerte Versicherungssysteme auch von Sparmassnahmen und Restrukturierungen betroffen sind», schreibt die GEF. Gemeint sind damit zum Beispiel die Invalidenversicherung oder die Arbeitslosenversicherung. 2017 hat der Kanton pro Person durchschnittlich 3904 Franken eingenommen – 2015 waren es noch 4147 Franken.

Im Vergleich zum starken Kostenanstieg zwischen 2008 und

2012 sind die Ausgaben in den letzten Jahren indes relativ stabil geblieben. Laut der GEF arbeiten die Sozialdienste heute effizienter. Um weitere Kostenanstiege zu verhindern, seien aber zusätzliche Anstrengungen nötig. Voraussichtlich im Mai stimmt die Berner Bevölkerung über ein neues Sozialhilfegesetz mit restriktiveren Regeln ab.

In einem Bereich konnte die GEF die Ausgaben bereits senken: Die Personalkosten der Sozialdienste waren 2017 erstmals wieder rückläufig. Sie betragen noch 83 Millionen Franken, 3 Millionen weniger als im Vorjahr. Grund ist ein neues Abgeltungssystem, in dem nicht mehr Stellen, sondern bearbeitete Fälle mittels Pauschalen abgolt werden.

Stabile Quote

Nicht verändert hat sich die Sozialhilfequote von 4,6 Prozent, obschon die Wirtschaftslage gut war. Die Quote liegt circa einen Prozentpunkt über dem schwei-

zerischen Durchschnitt. Gründe dafür sind unter anderem das tiefe Lohnniveau bei gleichzeitig hohen Steuern, der relativ geringe Anteil der vollzeitbeschäftigten Sozialhilfeempfänger und die überdurchschnittlich hohe Sozialhilfequote der jungen ausländischen Wohnbevölkerung. 43,4 Prozent aller Beziehenden sind Ausländer – Tendenz steigend.

Die GEF sieht denn auch besondere Herausforderungen in den Migrationsbewegungen der letzten Jahre. Ein relativ grosser Teil der Zuwanderer verfüge «trotz der hohen Investitionen in

Integrationsmassnahmen nicht über Sprachkenntnisse und ein Ausbildungsniveau, das für eine rasche Aufnahme in den regulären Arbeitsmarkt erforderlich wäre», schreibt die Direktion von SVP-Regierungsrat Pierre Alain Schnegg.

Viele dieser Personen würden daher lange Zeit auf finanzielle Unterstützung angewiesen sein. Damit sie besser in die Arbeitswelt integriert werden könnten, seien mehr niederschwellige Arbeitsplätze nötig. Die GEF habe in einer Arbeitsgruppe, in der «eine stattliche Zahl von Wirtschaftsvertretern» mitgewirkt

habe, Massnahmen für eine bessere Integration entwickelt.

In Biel hoch, in Saanen tief

Die Sozialhilfequote ist innerhalb des Kantons sehr unterschiedlich. Am höchsten ist sie in der Verwaltungsregion Seeland (6,7 Prozent), gefolgt vom Berner Jura. Knapp unter dem Durchschnitt liegen Bern-Mittelland und Emmental-Oberaargau, am tiefsten ist sie im Oberland (3 Prozent).

Die höchste Quote weist Biel mit 11,94 Prozent auf (+0,08 Prozent), die tiefste mit 1,27 Prozent der Sozialdienst Saanenland (-0,18 Prozent). *Sandra Rutschli*

Nettokosten in der Sozialhilfe pro Person und Jahr

Verwaltungsregion	2015	2016	2017	Veränderung 2016/2017	Ist-Wert des Jahres 2017 des Kantonsdurchschnitts 2017
Berner Jura	9762	10 192	10 452	+2,5%	103,6%
Bern-Mittelland	9767	9971	10 385	+4,2%	103,0%
Emmental-Oberaargau	9111	9176	9633	+5,0%	95,5%
Oberland	9016	9614	9504	-1,1%	94,2%
Seeland	9999	10 134	10 151	+0,2%	100,6%
Kantonsdurchschnitt	9608	9847	10 089	+2,5%	100,0%